

Die Nato ist kein Kaninchenzüchterverein

Krieg in der Ukraine: „Wir müssen reden“, FR-Tagesthema vom 29. Juli

Überall hört man viel fahrlässiges Gerede

Herr Adam wiederholt genau die Dinge, die wir allabendlich in den Talkshows vernehmen können. Es ist dramatisch, dass er auch die Gefahr eines Atomkrieges herunterspielt. Der Satz: „Vor einem Atomschlag liegen noch viele Eskalationsstufen“ ist fahrlässiges Gerede. Woher weiß er denn, wo und wann welche Stufe gerade erreicht ist? Leider tut dies auch unser Altbundespräsident Gauck wenn er von der „typischen deutschen Angst“ spricht.

Natürlich betont Herr Adam auch, dass man in den vergangenen Jahrzehnten mit Putin verhandelt habe. Ich frage mich allerdings, was das für Verhandlungen gewesen sein sollen, wenn man sich z.B. die dümmliche Witzelei unseres Bundeskanzlers vor der Weltpresse nach seinem Gespräch mit Putin vor Augen führt. Nur wenige Tage vor Kriegsbeginn und in Anbetracht von 150 000 aufmarschierten Soldaten antwortete er auf Putins Frage, wann denn die Ukraine in die Nato aufgenommen werden solle, mit der „lustigen“ Äußerung, dass dies wohl nicht in Putins und seiner Amtszeit eintreten werde. Derartige Witze sind fahrlässig und idiotisch und haben nichts mit Verhandlungen zu tun!

Leider blendet Herr Adam auch die Rolle der Nato komplett aus, indem er sagt, dass Putin keine Nato brauche. Ich verstehe einfach nicht, warum die Warnungen zahlreicher westlicher Politiker und Wissenschaftler aus den letzten Jahrzehnten heute nicht mehr gehört werden. Der US-amerikanische Russistikgelehrte und Professor an der Princeton University Stephen F. Cohen hat eindringlich vor einer Aufnahme der Ukraine in die Nato gewarnt. George F. Kennan, amerikanischer Historiker und Diplomat, bezeichnete eine Nato-Erweiterung als „verhängnisvollsten Fehler der Politik der amerikanischen Politik in der ganzen Zeit seit dem Kalten Krieg“. Selbst der Hardliner Brzezinski, der zwar für eine Osterweiterung der Nato war, prognostizierte, dass ein solcher Schritt zu einem heißen Krieg führen würde, und diesen haben wir ja heute!

Helmut Schmidt warnte noch 2015 davor, die Ukraine in die EU aufzunehmen, und nannte diese Bestrebungen des Westens eine „geopolitische Kinderei“. An diesem Punkt würde ich auch Frau Claußen, die diesen Schritt ja befürwortet, widersprechen. Die Nato ist eben kein Kaninchenzüchterverein, dem man folgenlos beitreten kann.

Ich würde mir für Herrn Adam wünschen, dass er sich etwas genauer mit der Historie und den Fakten dieses Konflikts auseinandersetzt und dass er sich der Konsequenzen seiner Äußerungen bewusst wird.

George Langhans, Frankfurt

Aggression muss Konsequenzen haben

Eine (überspitzte) Anmerkung zum Diskussionsbeitrag von Karl Adam und Angelika Clausen: Stellen Sie sich vor, Sie sind mit tausend Euro in der Tasche unterwegs und werden von einem schwerbewaffneten Menschen überfallen, der Ihnen Ihr Geld wegnimmt. Passanten, die den Vorfall beobachten, können den Räuber zwar stellen, aber nicht überwältigen, weil er zu schwer bewaffnet ist. Es wird beraten, was zu tun sei. Man könnte die Polizei zur Hilfe holen, aber das wird abgelehnt, denn: Polizei ist Gewalt, Polizei ist bewaffnet. Man wolle nicht noch mehr Waffen, sondern lieber eine diplomatische Lösung. Also wird verhandelt. Ergebnis: Der Räuber gibt Ihnen hundert Euro zurück, und alle gehen in Frieden ihrer Wege.

Es stellen sich zwei Fragen. Erstens: Was würden Sie zu diesem Verhandlungsergebnis sagen? Zweitens: Welche Schlüsse zieht der Räuber? Was sollte ihn davon abhalten, sich das nächste Opfer vorzunehmen, da er jetzt weiß, dass er keine Konsequenzen zu befürchten hat?

Überspitzt, wie angekündigt. Und hinkend, wie jeder grobe Vergleich. Natürlich, die Nato ist keine (Welt-) Polizei, und es geht nicht um ein bisschen Geld, sondern um die Souveränität einer Nation. Aber die Frage bleibt: Was könnte Verhandlungsziel sein? Gegner der militärischen Unterstützung der Ukraine argumentieren, es gebe kein klares Kriegsziel. Ich stelle

ihnen die Frage: Was könnte Ziel von diplomatischen Verhandlungen sein, wenn der Aggressor ernsthafte Konsequenzen nicht zu befürchten braucht? Und was bedeutet das für die übrigen Staaten des ehemaligen Sowjet-Imperium? Claudia Möller, Ranstadt

Friedensverhandlungen sind aussichtslos

Mit großem Interesse habe ich die ausgesprochen vielseitige Berichterstattung der FR über den Ukrainekrieg verfolgt.

Mir erscheinen Friedensverhandlungen der Ukraine mit Putin völlig aussichtslos! Putins und Lawrows Ziel, die Ukraine auszulöschen und dem Erdboden gleichzumachen, um sie dann in seinen Machtbereich einzugliedern, ist nicht verhandelbar! Putin jetzt Verhandlungen anzubieten, wäre nur eine Einladung an ihn zu weiteren Verbrechen und Terrorhandlungen – letztlich auch gegenüber ganz Europa.

Warum Putin in vielen Publikationen immer noch als „Präsident“ Russlands angesehen wird, verstehe ich nicht. Er ist kein „ehrenwerter“ Präsident mehr, sondern nur ein Verbrecher und Terrorist. Diese werden üblicherweise – z.B. von der Polizei – auch mit Waffengewalt an ihrem Tun gehindert und möglichst bald rechtsstaatlichen Gerichten zugeführt.

Unsere Aufgabe und die der EU muss also sein, die Ukraine zu befähigen, Putin aus der Ukraine zu vertreiben und an die Grenzen vor 2014 zurückzutreiben. Er muss eine solche Stärke in der Ukraine vorfinden, dass er erkennt, dass seine „militärische Sondermission“ erfolglos bleiben wird. Das sollte ihn seine Machtposition in Russland kosten. Dann wäre über ein neues Sicherheitssystem in Europa unter Einschluss Russlands zu verhandeln, bei dem Russland auch in ein gemeinsames Wirtschaftssystem eingebunden werden könnte. So könnte schließlich eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zum Nutzen aller Bürger entstehen. Mit Friedensverhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt ist Derartiges aber nicht zu erreichen. Hans Kramer, Rothenberg

Diskussion: frblog.de/pazifismus



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220802

Der Mensch ist nun mal so

Ressourcenverbrauch: „Von heute an überlastet“, FR-Wirtschaft vom 28.7.

Wir wissen schon seit 1970, dass wir mehr verbrauchen, als die Erde nachliefern kann. Wider besseres Wissen haben wir immer weiter „geschweizt“, wie der Volksmund es drastisch ausdrückt. Aber so einfach, wie sich das mit dem 1,75-Fachen anhört, ist es leider nicht. Gehen wir mal von 50 Jahren aus und nehmen eine lineare Steigerung an, was unwahrscheinlich ist, dann ergibt sich folgende Rechnung:

Nehmen wir 140 Tage, die wir „auf Pump“ leben, verteilt auf 50 Jahre. Macht pro Jahr einen Zuwachs von etwa drei Tagen. Das ergibt in diesem Zeitraum nach der Formel „(140 + 3) mal 50 durch 2“ eine Summe von etwa 7100 Tagen, das sind 20 Jahre, die wir mehr verbraucht haben, als die Erde regenerieren kann. Das ist eine ganz andere Dimension!

Und dann: Die Frage nach dem „Warum?“ ist nicht ausdiskutiert. Es gibt ja ein paar bequeme Ausreden: Der Mensch ist nun mal so. Er will immer mehr. Andere Länder treiben es noch doller. Die USA haben ihr Kontingent schon im Januar oder Februar verbraucht. Dafür kommen andere Länder mit weniger als dem Einfachen aus, unfreiwillig! „Ich lebe bescheiden und brauche nicht das 1,75-fache!“ Kann sein, ist aber immer noch zu viel! Dafür „schweizt“ andere unserer Mitbürger umso mehr. Andererseits hätten die Bescheideneren eine Möglichkeit, sich zu outen, Selbstbewusstsein zu entwickeln und zu demonstrieren. Sie könnten diejenigen unter Rechtfertigungszwang setzen, die gedankenlos „aus dem Vollen“ schöpfen.

Irgendwie müssen wir uns aus dem Dilemma befreien, wenn wir überhaupt noch eine Perspektive haben wollen. Aber wahrscheinlich geht es nicht ohne den großen Crash mit all seinen schlimmen Folgen, die man sich nicht vorstellen mag.

Hans Contier, Wadern

Frauen stehen ihren Mann

Erwiderung auf „Mannschaft der Frauen“, FR-Forum vom 21. Juli

Mein Blick blieb an der trefflichen Überschrift hängen. Denn auch Frauen sind mannschaftstauglich, keineswegs bloß Aufgebot, Auswahl oder Tiem – was eine sexistische Sicht wäre. Sie können feminismusfrei übergeschlechtliche Begriffe verstehen. Sie können beim Ballführen ihren Mann stehen wie im Beruf und bei Fliegeralarm. Und sollen die Koje verlassen, wenn im Sturm alle Mann an Deck gerufen werden. Gehören dazu, wenn das Schiff mit Mann und Maus untergeht. In meinem Umfeld begreift Jedermann, auch der weibliche, „die ältere Bedeutung des Wortes Mann, dessen ursprüngliche (...) ‚Mensch‘ ist“ (Olav Hackstein, FAZ, 18. Oktober 2021).

Katharina Heinz-Nitschke, Cöln

Geistfeindliche Bürokratie entscheidet nach Gutsherrenart

Kürzung von Mitteln: „Appell für relevante Forschung“, FR-Politik vom 30. Juli

„Erfreulich“ (der Anlass ist es nicht), dass über dieses Vorgehen der Bundesbildungsministerin berichtet wird. Natürlich verstehe ich, dass Iniobong Essien (von der Uni Lüneburg, Anm. d. Red.) überrascht, verärgert und enttäuscht darüber ist, dass „neun Monate Arbeitszeit vernichtet“ wurden. Er beklagt, dass eine Chance vertan wurde, Vorurteils-, Rassismus- und Rechtsextrémismusforschung zu stärken.

Das Vorgehen der Bundesbildungsministerin versetzt mich

nicht in Erstaunen. Welchen Stand haben denn Bildung, Wissenschaft und Forschung im „Land der Dichter und der Denker“ wirklich? Ich glaube, es war R. M. Rilke, der zum geistigen/intellektuellen Zustand Deutschlands bemerkte, dass Deutschland wie eine dunkle Wolke sei, aus der hin und wieder ein Blitz käme. Das für Bildung etc. nicht genug getan wird, hat die Corona-Epidemie hinreichend gezeigt (Stichwort Digitalisierung). Ketzerisch könnte man sagen, dass

Geistes- und Sozialwissenschaften sowieso keiner „braucht“, was vor dem Hintergrund der Aussage des Ex-Kanzlers Schröder, dass wir Ingenieure brauchen, verständlich wird. Verschärfend kommen hinzu: Renommee und Geld. Wenn man (Politiker) damit renommiert, dass man etwas gegen Extremismus u.a. macht, wird es getan. Dreht sich der Wind, wird es eingestellt, weil man damit keine Meriten mehr erwerben kann. Kostet das Ganze Geld, hat man noch einen weite-

ren Grund, wenn die Haushaltslage (angeblich) schlecht ist.

Zwingend geboten ist das, was Frau Stark-Watzinger macht, nicht, denn hat man nicht 100 Milliarden für die Bundeswehr über – oder sind die der Anlass für das Streichkonzert? Nein, es ist eine im wesentlichen geistfeindliche Bürokratie, die von ihren eigenen Beschlüssen nicht betroffen ist und somit nach Gutsherrenart entscheidet. Zur Erinnerung: Rilke starb 1926.

Rüdiger Erdmann, Pattensen